

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS – Drucksache 14/4306 –

Weitere Ergebnisse der Überprüfung der Zeitung „Der Schlesier“ auf eine rechtsextreme Ausrichtung

In mehreren Antworten auf Kleine Anfragen zur Vertriebenenzeitung „Der Schlesier“ hatte die alte Bundesregierung Anfang der 90er Jahre eine rechts-extreme Ausrichtung offenbar ungeprüft zunächst bestritten (vgl. u. a. die Antworten auf Bundestagsdrucksache 12/800 vom 19. Juni 1991 und Bundestagsdrucksache 12/1887 vom 30. Dezember 1991). Hinweise auf die rechts-extreme Ausrichtung der Zeitung wurden von der Bundesregierung als „Unterstellungen“ zurückgewiesen.

Nach weiteren Kleinen Anfragen musste die alte Bundesregierung dann nach fünf Jahren einräumen, dass im „Schlesier“ „regelmäßig auch Beiträge veröffentlicht“ werden, „die tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen im Sinne der §§ 3, 4 BVerfSchG enthalten; dazu gehören Artikel mit revisionistischem Inhalt“ (Bundestagsdrucksache 13/5263 vom 11. Juli 1996). Eine Darstellung der rechtsextremen Ausrichtung dieser großen und einflussreichen Vertriebenenzeitung im Verfassungsschutzbericht des Bundes wurde von der alten Bundesregierung mit dem Hinweis abgelehnt, dass für eine Erwähnung im Verfassungsschutzbericht abzuwägen sei zwischen „einer möglicherweise kontraproduktiven Aufwertung und der Erforderlichkeit öffentlicher Aufklärung“ (Bundestagsdrucksache 13/5263).

In dem Verfassungsschutzbericht des Bundes wird bis heute nicht über die Aktivitäten und die inhaltliche Ausrichtung dieser Zeitung aufgeklärt. Eltern, Jugendliche, Pädagogen und interessierte Bürger bleiben durch die Bundesregierung ungewarnt.

1. Welche verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Zeitung „Der Schlesier“?
3. Welche verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse hat die Bundesregierung über Verbindungen des „Schlesiens“ und seiner Redaktion, Autoren und

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 30. Oktober 2000 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Herausgeber zu rechtsextremen Organisationen, Zeitungen, Verlagen und Publizisten?

4. Welche verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse hat die Bundesregierung über eine geschichtsrevisionistische, revanchistische, fremdenfeindliche und antidemokratische Ausrichtung dieser Zeitung?
5. Wie verhält sich der „Schlesier“ unter verfassungsschutzrelevanten Gesichtspunkten zu den bestehenden Grenzen in Europa und völkerrechtlich verbindlichen Verträgen?

Die Zeitung „Der Schlesier“ äußert sich in politischen Kommentaren häufig rechtsextremistisch. Hierzu gehören insbesondere geschichtsrevisionistische Auffassungen. So wird etwa die Schuld des Hitler-Regimes am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs geleugnet (vgl. z. B. Ausgabe Nr. 21-22/1999) und eine Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen vorgenommen (vgl. z. B. Ausgabe Nr. 32/2000). Man findet in der Zeitung „Der Schlesier“ regelmäßig auch grenzrevisionistische Äußerungen, wie etwa gegen die völkerrechtlich festgeschriebene Oder-Neiße-Grenze (vgl. z. B. Ausgaben Nr. 15/1999, Nr. 18/1999, Nr. 35/1999). Außerdem gibt „Der Schlesier“ rechtsextremistischen Organisationen und Parteien die Möglichkeit der Anzeigenschaltung, wie etwa der „Deutschen Volksunion“, der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ und der Partei „Die Republikaner“ (vgl. z. B. Ausgaben Nr. 35/1998, Nr. 39/1998). Darüber hinaus wirbt die Zeitung für Bücher aus anderen rechtsextremistischen Verlagen, wie dem „Arndt-Verlag“, dem „FZ-Freiheitlichen Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH“ und dem „Grabert-Verlag“ (vgl. z. B. Ausgaben Nr. 33/2000, Nr. 38/2000). Der die Zeitung herausgebende „Verlag Der Schlesier“ veröffentlicht auch die „Kleine Heftreihe für Geschichtswissen“, worin insbesondere die Schuld des Hitler-Regimes am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs geleugnet wird (vgl. z. B. Heft Nr. 2 „Zeitgeschichtliche Anmerkungen“, Heft Nr. 3 „Offener Brief an Herrn Dregger. Eine Streitschrift gegen die gängige Kriegsschuld“).

2. Werden die Ausgaben der Zeitung regelmäßig ausgewertet und wenn ja, seit wann?

Die Zeitung „Der Schlesier“ wird seit 1996 regelmäßig ausgewertet.

6. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Verbindung des „Schlesiens“ zur bundesweiten Organisation der Landsmannschaft Schlesien und zu einzelnen Kreis- und Landesverbänden der Landsmannschaft Schlesien?

Die „Landsmannschaft Schlesien“ distanziert sich wegen der rechtsextremistischen Anhaltspunkte von der Zeitung „Der Schlesier“, so etwa jüngst deren Ehrenvorsitzender in einem Brief an das Bundesamt für Verfassungsschutz. Bis 1986 war „Der Schlesier“ das offizielle Organ der „Landsmannschaft Schlesien“, danach kam es aus politischen Gründen zum Bruch. Gleichwohl versucht das Blatt weiterhin kontinuierlich insbesondere aus Schlesien stammende Vertriebene und deren Angehörige anzusprechen.

7. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über Versuche des „Schlesiers“, speziell Jugendliche als Leser zu gewinnen?

Über besondere Versuche der Zeitung „Der Schlesier“, speziell Jugendliche als Leser zu gewinnen, liegen keine Erkenntnisse vor. Aufgrund der regelmäßigen Themen der Zeitung dürfte sich diese Altersgruppe auch nicht für das Publikationsorgan interessieren.

8. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die Auflagenhöhe der Zeitung?

Die Zeitung „Der Schlesier“ erscheint wöchentlich je nach Ausgabe in einer Auflage zwischen 7 500 und 10 000 Exemplaren.

9. Wieso wurde der „Schlesier“ bisher nicht im Verfassungsschutzbericht des Bundes erwähnt?

Der Verfassungsschutzbericht nennt nur die größeren rechtsextremistischen Verlage und Unternehmen mit besonderer Bedeutung. „Der Schlesier“ wird im Hinblick auf den Verlagssitz im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 1999 (S. 136 ff.) ausführlich erwähnt.

